

Kleine Anfrage

der Abgeordneten König-Preuss (DIE LINKE)

und

Antwort

des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales

"Reichsbürger" in Thüringen (Abfrage Mai 2023)

Mit der Anfrage soll der derzeitige Sachstand zu sogenannten Reichsbürgern und Selbstverwaltern erfragt werden. Reichsbürger fallen insbesondere dadurch auf, dass sie der Bundesrepublik Deutschland die völkerrechtliche Souveränität absprechen oder der Vorstellung anhängen, dass das Deutsche Reich (in den Grenzen vom Jahr 1937 beziehungsweise 1918) fortbestehe. In der Konsequenz werden deutsche Gesetze, Bescheide und Gerichtsurteile sowie das Grundgesetz abgelehnt. Nicht erst seit dem tödlichen Angriff eines sogenannten Reichsbürgers gegen einen Polizisten in Bayern im Jahr 2016 ist das von ihnen ausgehende Gefahrenpotential hinreichend bekannt. Bereits in den Antworten auf die Kleinen Anfrage 7/302 und 7/303 in den Drucksachen 7/841 und 7/1155 waren Reichsbürgerstrukturen in Thüringen Thema.

Das **Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales** hat die **Kleine Anfrage 7/4869** vom 12. Mai 2023 namens der Landesregierung mit Schreiben vom 20. August 2023 beantwortet:

1. Wie viele und welche Organisationen, Gruppierungen oder Strukturen wurden oder werden nach Kenntnissen der Landesregierung den Reichsbürgern in den Jahren 2020, 2021, 2022 und 2023 zugeordnet?

Antwort:

Nachzeitigem Erkenntnisstand weisen für die angefragten Jahre nachfolgende Organisationen aus dem Phänomenbereich der "Reichsbürger und Selbstverwalter" Bezüge nach Thüringen auf:

- "Königreich Deutschland",
- "Geeinte deutsche Völker und Stämme",
- "staatenlos.info",
- "Verfassunggebende Versammlung",
- "Bismarcks Erben", auch bekannt als "Ewiger Bund" oder "Preußisches Institut" und der "Vaterländische Hilfsdienst" als Unterorganisation,
- "Gruppierung um Prinz Reuß" und
- sogenannte "Wahlkommissionen".

Darüber hinaus bearbeitet das Amt für Verfassungsschutz beim Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales anlassbezogen weitere Organisationen beziehungsweise Einzelpersonen aus dem Phänomenbereich, zu denen keine gesicherten strukturellen Erkenntnisse vorliegen.

2. Wie viele Personen in Thüringen werden den Reichsbürgern derzeit zugeordnet und welche Angaben kann die Landesregierung über die Zahl jener machen, die zugleich der extrem rechten Szene zugeordnet werden?

Antwort:

Das Personenpotenzial, welches dem Phänomenbereich "Reichsbürger und Selbstverwalter" in Thüringen zugerechnet wird, bewegt sich derzeit im unteren vierstelligen Bereich. Die Überschneidung zum Rechtsextremismus bewegt sich im mittleren zweistelligen Bereich

3. Welche öffentlichen und nicht öffentlichen Veranstaltungen sowie Aktivitäten der Reichsbürger sind der Landesregierung im Zeitraum vom Jahr 2020 bis einschließlich des Jahres 2023 bekannt geworden (bitte einzelne Aufstellung nach Datum, Ort, Charakter der Veranstaltung beziehungsweise Aktivität, Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer)?

Antwort:

Es liegen Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung zu den in der Anlage 1 aufgeführten Aktivitäten vor.

4. Wie stellt sich die aktuelle Erlasslage und der Informationsfluss zwischen den Waffenbehörden und den Sicherheitsbehörden im Umgang mit Reichsbürgern dar?

Antwort:

Seit dem Jahr 2011 hat das Thüringer Innenministerium beziehungsweise das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales die Erlasslage fortgeschrieben, wonach Personen die dem Phänomenbereich "Reichsbürger" zuzurechnen sind, nicht die erforderliche waffenrechtliche Zuverlässigkeit im Sinne des § 4 Abs. 1 Nr. 2 Waffengesetz (WaffG) besitzen. Bei entsprechenden Tatsachenfeststellungen sind die waffenrechtlichen Erlaubnisse der Betroffenen zu entziehen beziehungsweise Anträge auf eine waffenrechtliche Erlaubnis abzulehnen. Mit Erlass vom 21. August 2018 hat das Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales alle Ressorts und deren nachgeordneten Bereiche ersucht, dort anfallende Informationen zu einzelnen Personen aus der "Reichsbürger- oder Selbstverwalterbewegung" gemäß § 20 Abs. 1 Thüringer Verfassungsschutzgesetz dem Amt für Verfassungsschutz beim TMIK (AfV) zu übermitteln. Hierbei sind insbesondere solche Sachverhalte von Interesse, die auf eine Waffen- beziehungsweise Gewaltaffinität einer Person hindeuten. Daher ist im Regelfall der Verfassungsschutz die wesentliche Erkenntnisquelle der Waffenbehörden.

Meldungen des AfV an die örtlichen Waffenbehörden erfolgen im Rahmen der waffenrechtlichen Zuverlässigkeitsüberprüfung vor Erlaubniserteilung (§ 4 Abs. 1 Nr. 2 WaffG), der Regelüberprüfung (§ 4 Abs. 3 WaffG) und der Nachberichtspflicht nach § 5 Abs. 5 WaffG. Weiterhin können Meldungen des AfV auf der Grundlage von § 21 Thüringer Verfassungsschutzgesetz (ThürVerfSchG) an die örtlichen Waffenbehörden erfolgen.

Im Rahmen von Erlaubnisverfahren nach dem Sprengstoffrecht erhält das Thüringer Landesamt für Verbraucherschutz (TLV) Informationen vom Thüringer Amt für Verfassungsschutz (AfV). Die Innenministerkonferenz (IMK) hat auf ihrer Sitzung vom 12. bis 14. Juni 2017 die Notwendigkeit bekräftigt, dass die zuständigen Behörden das geltende Recht konsequent auf "Reichsbürger und Selbstverwalter" anwenden. Da die IMK der Auffassung ist, dass Personen dieser Szene grundsätzlich nicht die erforderliche Zuverlässigkeit nach dem Waffengesetz besitzen, soll diese Einschätzung dementsprechend auch im sprengstoffrechtlichen Erlaubnisverfahren auf die Überprüfung der Zuverlässigkeit gemäß dem Sprengstoffgesetz übertragen werden. Mit Erlass vom 12. Dezember 2017 hat das Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (TMSGFF) festgelegt, dass der Beschluss der IMK umzusetzen ist und das zuständige Dezernat 21 "Technischer Verbraucherschutz, Marktüberwachung" des TLV dementsprechend informiert. Seitdem bezieht das TLV das AfV in die Zuverlässigkeitsprüfung bei Antragstellungen auf Erteilung oder Verlängerung sprengstoffrechtlicher Erlaubnisse ein.

Teilt das AfV dem TLV Erkenntnisse über die mögliche Zugehörigkeit zur Reichsbürgerszene mit, wird dem entsprechenden Antragsteller die Erteilung der Erlaubnis verweigert. Ergeben sich nach Erteilung der Erlaubnis solche Erkenntnisse (das AfV meldet dem TLV neue Erkenntnisse "automatisch nach"), wird durch das TLV das Verfahren zum Entzug der bestehenden Erlaubnis eingeleitet beziehungsweise die Verlängerung der Erlaubnis verweigert. Die entsprechenden Erkenntnisse zu Antragstellern oder Erlaubnisinhabern teilt das TLV dem TMSGFF mit.

5. Wie viele Straftaten wurden jeweils in den Jahren 2020, 2021, 2022 und 2023 in Thüringen registriert, die den Reichsbürgern zugerechnet werden, wie viele davon wurden der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) zugeordnet und wie viele jeweils den einzelnen PMK-Phänomenbereichen?

Antwort:

Straftaten, die von Reichsbürgern aufgrund ihrer Ideologie begangen werden, sind gemäß Definitionssystem zur Politisch motivierten Kriminalität (PMK) der PMK zuzurechnen. Eine Erhebung von Straftaten von Reichsbürgern anhand der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) ist mangels Auswertekriteriums "Reichsbürger" nicht möglich.

Es wurden die in der Anlage 2 aufgeführten Straftaten registriert, die mit Personen, die der Reichsbürgerbewegung zugerechnet werden, im Zusammenhang stehen. Folglich werden alle Straftaten von Reichsbürgern der PMK-Statistiken für die Jahre 2020 bis 2022 dargestellt. Für das Jahr 2023 liegen noch keine abschließenden validen Fallzahlen vor, so dass die hier aufgeführten Straftaten des Jahres 2023 allenfalls als Anhalt dienen können.

6. In wie vielen Fällen wurden jeweils in den Jahren 2020, 2021, 2022 und 2023 Ermittlungen wegen des Verdachts der Urkundenfälschung, des Veränderns von amtlichen Ausweisen oder des Kennzeichenmissbrauch gegen Personen geführt, die den Reichsbürgern zuzurechnen sind?

Antwort:

Es wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.

7. In wie vielen Fällen wurden jeweils in den Jahren 2020, 2021, 2022 und 2023 Ermittlungen wegen Körperverletzungs- oder Tötungsdelikten geführt, die den Reichsbürgern zuzurechnen sind?

Antwort:

Es wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.

8. Wurden in den Jahren 2020, 2021, 2022 und 2023 tätliche Angriffe gegen Polizeivollzugsbeamte oder Behördenmitarbeiter durch Reichsbürger registriert und wenn ja, in jeweils wie vielen Fällen?

Antwort:

Angriffe gegen Polizeivollzugsbeamte oder Behördenmitarbeiter durch Reichsbürger und Selbstverwalter konnten in den angefragten Jahren auch in Thüringen registriert werden. Es wird auf die Antwort zu Frage 5 beziehungsweise die Anlage 2 (Spalten AZ PVB = Angriffsziel Polizeiangehöriger, AZ AoM = Angriffsziel Amts- oder Mandatsträger) verwiesen.

Für die Thüringer Justiz liegen nachfolgende Informationen im Sinne der Fragestellung für die Jahre 2020 bis 2022 vor. Für das Jahr 2023 sind noch keine Daten verfügbar.

| Übergriffe auf Justizbedienstete | 2020 | 2021 | 2022 |
|--|------|------|------|
| Beeinträchtigung des körperlichen Wohlbefindens ¹ | 1 | 22 | 6 |
| Körperverletzungen im Sinne der §§ 223ff. StGB ² | 0 | 0 | 0 |

Angehörige der Reichsbürgerbewegung treten im Schriftverkehr regelmäßig mit besonders intensiven Ansprachen und Drohungen mit Forderungen zum Teil in Millionen- oder Milliardenhöhe und persönlichen Folgen insbesondere gegenüber den Bediensteten der Finanzämter auf. Dies führt bei den Bediensteten zu entsprechenden Befürchtungen und Ängsten beziehungsweise zu einem erheblichen psychischen Druck. Es ist ferner in den vergangenen Jahren zu beobachten gewesen, dass sich diese Vorgehensweise der Reichsbürgerszene in Einzelfällen aus dem dienstlichen auch in den privaten Bereich Bediensteter verlagert hat. Tätliche Angriffe auf Bedienstete im Geschäftsbereich des Thüringer Finanzministeriums sind in den Jahren 2020 bis 2023 gleichwohl nicht bekannt geworden.

- 1 Hierunter werden die Vorfälle erfasst, die eine Beeinträchtigung des körperlichen Wohlbefindens von Justizbediensteten verursacht haben (ohne den Tatbestand einer Körperverletzung zu erfüllen). Hierunter werden insbesondere unangemessene Verhaltensweisen gegenüber Justizbediensteten erfasst (zum Beispiel Beleidigungen, Schreien, kränkende Behandlung, Anspucken, Anstoßen). Die Zahl der zu erfassenden Vorfälle richtet sich nach der Zahl der betroffenen Bediensteten.
- 2 Hierunter werden die Übergriffe auf Bedienstete erfasst, die eine Körperverletzung im Sinne der §§ 223ff. StGB oder einen entsprechenden Versuch dazu darstellen. Die Zahl der zu erfassenden Vorfälle richtet sich nach der Zahl der betroffenen Bediensteten.

9. In wie vielen Fällen waren jeweils Landesbedienstete, Polizeivollzugsbeamte und Justizbeamte in Thüringen von unberechtigten Forderungen (zum Beispiel durch die sogenannte Malta-Masche) durch Reichsbürger noch in den Jahren 2020, 2021, 2022 und 2023 jeweils betroffen?

Antwort:

Im Geschäftsbereich des Thüringer Finanzministeriums kam es in den Jahren 2020 bis 2023 zu einer Vielzahl offensichtlich unbegründeter Forderungen von Angehörigen der Reichsbürgerbewegung gegen Bedienstete. Diese wiesen regelmäßig eine Höhe von mehreren Millionen bis hin zu Milliarden Euro oder US-Dollar aus. Neben dieser Vielzahl (einfacher) offensichtlich unbegründeter Forderungen kam es in den Jahren 2020 bis 2023 in folgenden Fällen zu weiteren Handlungen Angehöriger der Reichsbürgerbewegung im Zusammenhang mit der Beitreibung der unberechtigten Forderungen (zum Beispiel Eintragung im UCC-Register, Malta-Masche oder Anzeige bei der US-amerikanischen Steuerbehörde IRS):

| Jahr | Anzahl Fälle | Art |
|-------------------------|--------------|----------------------|
| 2020 | 1 | Eintrag UCC-Register |
| 2021 | 3 | Eintrag UCC-Register |
| 2022 | 4 | Eintrag UCC-Register |
| 2023 (Stand 28.06.2023) | 2 | Anzeige bei IRS |

Für die Thüringer Justiz liegen nachfolgende Informationen im Sinne der Fragestellung für die Jahre 2020 bis 2022 vor. Für das Jahr 2023 sind noch keine Daten verfügbar.

| Forderungsgeltendmachung gegen Justizbedienstete | 2020 | 2021 | 2022 |
|--|------|------|------|
| Behauptung von Forderungen in mündlicher oder schriftlicher Form | 18 | 123 | 282 |
| Erwirkung (auch Versuch) von Vollstreckungstiteln im In- und Ausland basierend auf Scheinforderungen | 0 | 6 | 12 |
| Löschung von Eintragungen im UCC-Register durch die Dienststelle | 0 | 1 | 16 |

Für den Geschäftsbereich des Thüringer Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft wurden für das Jahr 2020 zwei Fälle, für das Jahr 2021 sechs Fälle, für das Jahr 2022 drei Fälle und für das Jahr 2023 bislang kein Fall im Sinne der Fragestellung bekannt.

Für den Geschäftsbereich des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport gab es im angefragten Zeitraum bislang insgesamt 21 Fälle.

Des Weiteren ist aus dem Jahr 2022 im Thüringer Landesamt für Verbraucherschutz (TLV) ein Fall bekannt, in welchem gegen einen Behördenmitarbeiter eine unberechtigte, unbezifferte Forderung wegen fehlender Vorlage von Vertragskopien im Zusammenhang mit Obligations-Emissionen geltend gemacht wurde. Das Thüringer Landesamt für Statistik (TLS) meldete für das Jahr 2021 fünf Verfahren mit drei betroffenen Landesbediensteten und für das Jahr 2023 vier Verfahren mit ebenfalls drei betroffenen Landesbediensteten.

10. Wie ist die derzeitige personelle Ausstattung der "Zentralen Informationsstelle zum Umgang mit sogenannten Reichsbürgern beziehungsweise Selbstverwaltern" im Thüringer Landesverwaltungsamt (Vollzeitäquivalente), die im Jahr 2017 errichtet wurde, und wie hoch war das Fall- beziehungsweise Anfragenaufkommen jeweils in den Jahren 2020, 2021, 2022 und 2023?

Antwort:

Die personelle Ausstattung der Zentralen Informationsstelle beträgt zurzeit 0,1 Vollbeschäftigteneinheiten (VbE) höherer Dienst und max. 0,75 VbE gehobener Dienst (in Abhängigkeit vom Arbeitsaufkommen).

In den Jahren 2020, 2021, 2022 und 2023 wurden in Thüringen jeweils folgende Anfragen an die Zentrale Informationsstelle gestellt:

2020: 1

2021: 10

2022: 18

2023 (Stand 7. Juli 2023): 27

11. In wie vielen Fällen wurden seit Inkrafttreten der Verordnung zur Änderung der Thüringer Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Innenministeriums und der Thüringer Meldeverordnung am 8. Juni 2019 durch Pass- und Personalausweisbehörden sowie Meldebehörden weiterhin Rückgaben von gültigen amtlichen Dokumenten verzeichnet (bitte mit Angaben zur Dokumentenart und Ort der Behörde nach Jahren)?

Antwort:

Im Ergebnis hat es im Zeitraum 2019 bis 2022 insgesamt 48 Fälle gegeben, in denen der Personalausweis in Thüringen zurückgegeben wurde. Pässe wurden nicht zurückgegeben.

Der beigefügten Anlage 3 (Aufstellung) können die Zahlen zu den einzelnen Jahren nach Landkreisen und kreisfreien Städten entnommen werden. Eine statistische Aufgliederung nach einzelnen Pass- und Personalausweisbehörden ist für den Zeitraum 2019 bis 2022 nicht verfügbar.

In Vertretung

Schenk
Staatssekretärin

Anlagen*

Endnote:

* Auf einen Abdruck der Anlagen wird verzichtet. Die Anlagen stehen unter der oben genannten Drucksachenummer elektronisch im Abgeordneteninformationssystem und in der Parlamentsdokumentation unter der Internetadresse www.parldok.thueringen.de zur Verfügung. Die Fragestellerin, die Fraktionen, die Parlamentarische Gruppe, die fraktionslosen Abgeordneten und die Landtagsbibliothek erhalten je ein Exemplar der Anlagen in der Papierfassung.

Veranstaltungen und Aktivitäten der Reichsbürgerszene in Thüringen¹

| Lfd. Nr. | Datum | Ort | Aktivität | Teilnehmerzahl |
|----------|---------------------------------|---------------------------------|--|----------------|
| 1 | 16.05.2020 | Saalfeld | Treffen des „Königreich Deutschland“ (KRD) | nicht bekannt |
| 2 | 14.06.2020 | Saalfeld | Treffen des KRD | nicht bekannt |
| 3 | 15.11.2020 | Saalfeld | Treffen des KRD | nicht bekannt |
| 4 | 13.03.2021 | Nähe Nazza | „Hilfsdiensttreffen“ des „Vaterländischen Hilfsdienst“ | 19 |
| 5 | 27.03.2021 | Jena-Magdala | „Hilfsdiensttreffen“ | 13 |
| 6 | 11.04.2021 | Föritzal | „Hilfsdiensttreffen“ | nicht bekannt |
| 7 | 25.04.2021 | Gerstungen | „Hilfsdiensttreffen“ | nicht bekannt |
| 8 | 24.07.2021 | Region Weimar | „Hilfsdiensttreffen“ | nicht bekannt |
| 9 | 14.08.2021 | Region Eisenach | „Hilfsdiensttreffen“ | nicht bekannt |
| 10 | 18.09.2021 | Region Sondershausen | „Hilfsdiensttreffen“ | nicht bekannt |
| 11 | 20.11.2021 | Region Gera | „Hilfsdiensttreffen“ | ca. 6 |
| 12 | 18.12.2021 | Region Mühlhausen | „Hilfsdiensttreffen“ | 13 |
| 13 | 26.12.2021 | Kyffhäuser | „Denk-Mal Kultur“ | circa 40 |
| 14 | 08.01.2022 | Gerstungen | „Hilfsdiensttreffen“ | nicht bekannt |
| 15 | 29.01.2022 | Region Erfurt | „Hilfsdiensttreffen“ | 29 |
| 16 | 26.02.2022 | Region Altenburg | „Hilfsdiensttreffen“ | 18 |
| 17 | 04.06.2022 | Schiefergebirge/ Obere Saale | „Hilfsdiensttreffen“ | circa 20 |
| 18 | 02.07.2022 | Jena/Apolda | „Hilfsdiensttreffen“ | circa 6 |
| 19 | 23.07.2022 | Leinefelde-Worbis | Vortrag | 101 |
| 20 | 23.07.2022 | Region Gera | „Hilfsdiensttreffen“ | 4 |
| 21 | 19.08.2022 | Dingelstädt | „Wahlhelferschulung“ | circa 6 bis 7 |
| 22 | 02.09.2022 | Raum Gotha | Vortrag | nicht bekannt |
| 23 | 16.09.2022 | Breitungen | Vortrag | 70 |
| 24 | 17.09.2022 | Region Eisenach | „Hilfsdiensttreffen“ | circa 25 |
| 25 | 14.10. bis 16.10.2022 | Ilmtal-Weinstraße | Kongress | 150 |
| 26 | 13.11.2022 | Gera | „Hilfsdiensttreffen“ | nicht bekannt |
| 27 | 14.01.2023 | Freienhagen | Neujahrsfeier | 90 |
| 28 | 21.01.2023 | Jena | „Hilfsdiensttreffen“ | 8 |
| 29 | 22.01.2023 | Krauthausen | Unangemeldete Versammlung | 6 |
| 30 | 26.02.2023 | Gera | „virtuelles Hilfsdiensttreffen“ | nicht bekannt |
| 31 | 01.03.2023 | Worbis | Vortrag | nicht bekannt |
| 32 | 19.03.2023 | Gera | „virtuelles Hilfsdiensttreffen“ | 4 |
| 33 | 26.03.2023 | Erfurt | „Hilfsdiensttreffen“ | 14 |
| 34 | 10.05.2023 | Raum Weimar | „Hilfsdiensttreffen“ | nicht bekannt |
| 35 | 02.06.2023 bis 04.06.2023 | Leinefelde-Worbis | Kongress | 150 bis 170 |

¹ Stand: 10.06.2023

Straftaten der Reichsbürgerszene in Thüringen

| Jahr | Anzahl | Delikt | Phänomenbereich Fälle | AZ PVB ¹ | AZ AoM ² |
|-------------|-----------|--|---|---------------------|---------------------|
| 2020 | 21 | | 5 PMK -rechts- 16 PMK -nicht zu- zuordnen- | 6 | 13 |
| davon | | | | | |
| | 1 | § 113 StGB (Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte) | 1 PMK -nicht zuzu- ordnen- | 1 | - |
| | 1 | § 130 StGB (Volksverhetzung) | 1 PMK -rechts- | - | - |
| | 7 | § 185 StGB (Beleidigung) | 1 PMK -rechts- 6 PMK -nicht zuzu- ordnen- | 2 | 5 |
| | 1 | § 201 StGB (Verletzung der Vertrau- lichkeit des Wortes) | 1 PMK -nicht zuzu- ordnen- | 1 | - |
| | 8 | § 240 StGB (Nötigung) | 1 PMK -rechts- 7 PMK -nicht zuzu- ordnen- | 2 | 6 |
| | 2 | § 241 StGB (Bedrohung) | 1 PMK -rechts- 1 PMK -nicht zuzu- ordnen- | - | 2 |
| | 1 | § 241a StGB (Politische Verdächtigung) | 1 PMK -rechts- | - | - |

| Jahr | Anzahl | Delikt | Phänomenbereich Fälle | AZ PVB | AZ AoM |
|-------------|-----------|---|---|-----------|-----------|
| 2021 | 94 | | 6 PMK -rechts- 88 PMK -nicht zu- zuordnen- | 19 | 28 |
| davon | | | | | |
| | 1 | § 86a StGB (Verwenden von Kenn- zeichen verfassungs- widriger und terroristischer Organisationen) | 1 PMK -rechts- | - | - |
| | 4 | § 90a StGB (Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole) | 4 PMK -nicht zuzu- ordnen- | - | 2 |
| | 1 | § 113 StGB (Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte) | 1 PMK -nicht zuzu- ordnen- | 1 | - |
| | 2 | § 130 StGB (Volksverhetzung) | 2 PMK -rechts- | - | - |
| | 1 | § 164 StGB (Falsche Verdächtigung) | 1 PMK -nicht zuzu- ordnen- | 1 | - |
| | 1 | § 185 StGB (Beleidigung) | 1 PMK -rechts- | - | - |

¹ AZ PVB = Angriffsziel Polizeiangehöriger

² AZ AoM = Angriffsziel Amts- oder Mandatsträger

| Jahr | Anzahl | Delikt | Phänomenbereich Fälle | AZ PVB | AZ AoM |
|------|--------|---|--|--------|--------|
| | 5 | § 188 StGB (Gegen Personen des politischen Lebens gerichtete Beleidigung, üble Nachrede und Verleumdung) | 1 PMK -rechts- 4 PMK -nicht zuzuordnen- | - | 3 |
| | 1 | § 201 StGB (Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes) | 1 PMK -nicht zuzuordnen- | - | - |
| | 25 | § 240 StGB (Nötigung) | 25 PMK -nicht zuzuordnen- | 6 | 14 |
| | 6 | § 241 StGB (Bedrohung) | 6 PMK -nicht zuzuordnen- | - | 2 |
| | 38 | § 253 StGB (Erpressung) | 38 PMK -nicht zuzuordnen- | 10 | 7 |
| | 1 | § 267 StGB (Urkundenfälschung) | 1 PMK -nicht zuzuordnen- | - | - |
| | 1 | § 279 StGB (Gebrauch unrichtiger Gesundheitszeugnisse) | 1 PMK -nicht zuzuordnen- | - | - |
| | 3 | § 303 StGB (Sachbeschädigung) | 1 PMK -rechts- 2 PMK -nicht zuzuordnen- | - | - |
| | 1 | Verstoß Vereinsgesetz | 1 PMK -nicht zuzuordnen- | - | - |
| | 1 | Verstoß Kunsturhebergesetz | 1 PMK -nicht zuzuordnen- | 1 | - |
| | 1 | Verstoß Pflichtversicherungsgesetz | 1 PMK -nicht zuzuordnen- | - | - |
| | 1 | Verstoß Straßenverkehrsgesetz | 1 PMK -nicht zuzuordnen- | - | - |

| Jahr | Anzahl | Delikt | Phänomenbereich Fälle | AZ PVB | AZ AoM |
|-------------|------------|---|--|-----------|-----------|
| 2022 | 165 | | 6 PMK -rechts- 159 PMK -nicht zuzuordnen- | 19 | 28 |
| davon | | | | | |
| | 4 | § 85 StGB (Verstoß gegen ein Vereinigungsverbot) | 4 PMK -nicht zuzuordnen- | - | - |
| | 1 | § 90b StGB (Verfassungsfeindliche Verunglimpfung von Verfassungsorganen) | 1 PMK -nicht zuzuordnen- | - | 1 |
| | 4 | § 113 StGB (Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte) | 1 PMK -rechts- 3 PMK -nicht zuzuordnen- | 4 | - |
| | 1 | § 125 StGB (Landfriedensbruch) | 1 PMK -nicht zuzuordnen- | 1 | - |
| | 1 | § 129 StGB (Bildung krimineller Vereinigungen) | 1 PMK -nicht zuzuordnen- | - | - |
| | 1 | § 130 StGB | 1 PMK -rechts- | - | - |

| Jahr | Anzahl | Delikt | Phänomenbereich Fälle | AZ PVB | AZ AoM |
|------|--------|---|--|--------|--------|
| | | (Volksverhetzung) | | | |
| | 1 | § 145 StGB (Missbrauch von Notrufen und Beeinträchtigung von Unfallverhütungs- und Nothilfemitteln) | 1 PMK -rechts- | 1 | - |
| | 3 | § 164 StGB (Falsche Verdächtigung) | 3 PMK -nicht zuzuordnen- | 2 | 1 |
| | 8 | § 185 StGB (Beleidigung) | 1 PMK -rechts- 7 PMK -nicht zuzuordnen- | 6 | 3 |
| | 2 | § 186 StGB (Üble Nachrede) | 2 PMK -nicht zuzuordnen- | 1 | 1 |
| | 1 | § 187 StGB (Verleumdung) | 1 PMK -nicht zuzuordnen- | - | 1 |
| | 1 | § 188 StGB (Gegen Personen des politischen Lebens gerichtete Beleidigung, üble Nachrede und Verleumdung) | 1 PMK -nicht zuzuordnen- | - | 1 |
| | 1 | § 201 StGB (Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes) | 1 PMK -nicht zuzuordnen- | - | 1 |
| | 1 | § 223 StGB (Körperverletzung) | 1 PMK -nicht zuzuordnen- | - | - |
| | 102 | § 240 StGB (Nötigung) | 102 PMK -nicht zuzuordnen- | 42 | 57 |
| | 5 | § 241 StGB (Bedrohung) | 1 PMK -rechts- 4 PMK -nicht zuzuordnen- | - | 4 |
| | 17 | § 253 StGB (Erpressung) | 17 PMK -nicht zuzuordnen- | 9 | 7 |
| | 6 | § 267 StGB (Urkundenfälschung) | 1 PMK -rechts- 5 PMK -nicht zuzuordnen- | - | - |
| | 1 | § 303 StGB (Sachbeschädigung) | 1 PMK -nicht zuzuordnen- | - | - |
| | 1 | Verstoß Vereinsgesetz | 1 PMK -nicht zuzuordnen- | - | - |
| | 3 | Verstoß Versammlungsgesetz | 3 PMK -nicht zuzuordnen- | - | - |

| Jahr | Anzahl | Delikt | Phänomenbereich Fälle | AZ PVB | AZ AoM |
|---|-----------|--|---|----------|-----------|
| 2023 (01.01. bis 30.06.) | 37 | | 2 PMK -rechts- 35 PMK -sonstige Zuordnung- | 5 | 26 |
| davon | | | | | |
| | 1 | § 123 StGB (Hausfriedensbruch) | 1 PMK -sonstige Zuordnung- | - | - |
| | 5 | § 130 StGB (Volksverhetzung) | 1 PMK -rechts- 4 PMK -sonstige Zuordnung- | - | 5 |
| | 2 | § 164 StGB (Falsche Verdächtigung) | 2 PMK -sonstige Zuordnung- | - | 2 |
| | 1 | § 186 StGB (Üble Nachrede) | 1 PMK -sonstige Zuordnung | - | 1 |
| | 1 | § 201 StGB (Verletzung der Vertrau- lichkeit des Wortes) | 1 PMK -sonstige Zuordnung | 1 | - |
| | 18 | § 240 StGB (Nötigung) | 18 PMK -sonstige Zuordnung | 3 | 13 |
| | 7 | § 241 StGB (Bedrohung) | 7 PMK -sonstige Zuordnung | - | 5 |
| | 117 | § 253 StGB (Erpressung) | 1 PMK -sonstige Zuordnung | 1 | - |
| | 1 | Verstoß Waffengesetz | 1 PMK -rechts- | - | - |

Anlage 3 zur Kleinen Anfrage Nr. 4869

Abgegebene Ausweise

| | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 |
|----------------------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| Landkreis Altenburger Land | 0 | 1 | 0 | 0 |
| Landkreis Eichsfeld | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Landkreis Gotha | 1 | 0 | 0 | 0 |
| Landkreis Greiz | 0 | 1 | 1 | 2 |
| Landkreis Hildburghausen | 0 | 0 | 2 | 3 |
| Landkreis Ilm-Kreis | 0 | 0 | 1 | 0 |
| Landkreis Kyffhäuserkreis | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Landkreis Nordhausen | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Landkreis Saale-Holzland-Kreis | 0 | 0 | 3 | 1 |
| Landkreis Saale-Orla-Kreis | 1 | 1 | 0 | 0 |
| Landkreis Saalfeld-Rudolstadt | 0 | 0 | 1 | 2 |
| Landkreis Schmalkalden-Meiningen | 0 | 0 | 5 | 2 |
| Landkreis Sömmerda | 0 | 0 | 2 | 0 |
| Landkreis Sonneberg | 0 | 0 | 3 | 2 |
| Landkreis Unstrut-Hainich-Kreis | 1 | 0 | 0 | 1 |
| Landkreis Wartburgkreis | 0 | 0 | 5 | 0 |
| Landkreis Weimarer Land | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Stadt Erfurt | 0 | 0 | 1 | 0 |
| Stadt Eisenach | 0 | 0 | 2 | 0 |
| Stadt Gera | 0 | 0 | 0 | 2 |
| Stadt Jena | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Stadt Suhl | 0 | 0 | 1 | 0 |
| Weimar | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Gesamt | 3 | 3 | 27 | 15 |